



## **MITGLIEDERVERSAMMLUNG VOM 18. JANUAR 2016 PROTOKOLL**

---

Ort: Volkshaus Zürich, Blauer Saal  
Anwesend: 37 Mitglieder  
Sitzungsleitung: Marionna Schlatter  
Protokoll: Ulla Blume

---

### **1. Begrüssung**

Marionna begrüsst die Anwesenden.

### **2. Wahl der StimmenzählerInnen**

Kathy Steiner wird als Stimmenzählerin gewählt.

### **3. Traktanden**

Die Traktandenliste wird ohne Ergänzungen genehmigt.

### **4. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 19. Oktober 2015**

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt.

### **5. Mitteilungen**

#### Partei & Vorstand

Wir sind an der Nachbereitung der Wahlen.

Am 6. Februar 2016 findet die nächste Sektionenkonferenz statt, auch da geht es um die Nachbereitung der Wahlen und um die Aufgleisung der Kulturlandinitiative.

Zudem sind wir mit der Nachfolge von Ulla auf dem Parteisekretariat beschäftigt und haben schon BewerberInnen kennengelernt.

Mit der Vorbereitung der Kulturland-Kampagne haben wir bereits begonnen – dieses Jahr kommen sehr viele Grüne Abstimmungen (Kulturland, Grüne Wirtschaft, Atomausstieg), evtl. auch viele gleichzeitig.

### Kantonsratsfraktion: Esther Guyer

Die Kulturlandinitiative ist noch im Kantonsrat, vermutlich werden die Bürgerlichen dann ein Referendum ergreifen, daher die nochmalige Abstimmung.

Im Parlament arbeiten die bürgerlichen Parteien vermehrt zusammen, was es für uns noch schwerer macht. Insgesamt ist der Kantonsrat auf einer Privatisierungswelle, z.B. bei Lehrmittelverlag, Spitälern etc. Zudem wollen die Bürgerlichen überall sparen, weil der Kanton den mittelfristigen Ausgleich nicht erreicht. Wir bleiben hartnäckig dran und machen Vorstösse.

### Nationalratsfraktion: Balthasar Glättli

Die neue Nationalratsfraktion muss sich jetzt als Team zusammenfinden – leider nach den Wahlen in dezimierter Zusammensetzung.

Im Parlament haben sich die Verhältnisse zu unseren Ungunsten verändert und in der Wintersession haben wir schon einige Abstimmungen verloren, die in der letzten Legislatur noch durchgekommen wären.

Unser Fokus liegt jetzt vor allem auf der Durchsetzungsinitiative. Nach der Annahme der Ausschaffungsinitiative ist die Gesetzgebung schon sehr viel schärfer geworden, der Name der Initiative ist völlig irreführend. Wir sind nicht gegen eine gerechte Bestrafung von Kriminellen, aber wir sind dagegen, dass Menschen ohne Schweizerpass doppelt bestraft werden.

### Junge Grüne: Steven Goldberg

Die Jungen Grünen beschäftigen sich vor allem mit der Unterschriftensammlung für die Zersiedelungsinitiative. Zudem haben sie einen offenen Brief an Coop geschrieben, mit der Aufforderung, auf Produkte mit Palmöl zu verzichten.

## **6. Abstimmungsparolen 28. Februar 2016**

Die Parolen zu Lohndumpinginitiative (JA), Notariatsgesetz (NEIN) und Verwaltungsrechtspflegegesetz (NEIN) wurden vom Vorstand bereits einstimmig gefasst (die MV kann zurückkommen).

### **Kantonale Vorlagen**

#### Bildungsinitiative, Parolenfassung

#### INPUT Ralf Margreiter, Kantonsrat Grüne

Ein gerechtes Bildungssystem muss alle unabhängig von Herkunft, Geldbeutel etc. sein. Das sind auch unsere Werte, trotzdem hat sich die Kantonsratsfraktion gegen die Bildungsinitiative ausgesprochen und auch der Vorstand empfiehlt ein NEIN. Chancengerechtigkeit muss bereits in der Volksschule gewährleistet werden.

Fehlende Wirksamkeit: Die Initiative wird nicht dazu führen, dass mehr Menschen im Kanton Zürich einen besseren Zugang zu Bildung erhalten. Sie will die Studiengebühren an den Hochschulen abschaffen. Das macht pro Jahr pro Person knapp 1'500.- aus. Dieser Betrag ist nicht wirklich ein Grund, nicht zu studieren – das sind die Lebenshaltungskosten. Wenn man hier etwas verbessern will, muss man am Stipendienwesen arbeiten, denn das ist wichtiger für die Bewältigung der Lebenshaltungskosten. Die Initiative würde ca. 120 Mio. Franken kosten, die Wirkung würde aber völlig verpuffen.

Führt zu neuen Ungleichheiten: Eine Minderheit der Menschen studiert an einer Hochschule, die meisten machen eine Berufsbildung. Die Initiative würde dazu führen, dass eine Ungleichheit zwischen Hochschulbildung und Berufsbildung entsteht. Dort lassen sich die Gebühren nicht abschaffen – das widerspricht übergeordnetem Recht. Zudem will die Initiative die Gebühren nur für Menschen abschaffen, die im Kanton Zürich wohnhaft sind.

Wird die Initiative angenommen, muss der Kanton entweder die Mehrkosten übernehmen, das ist schwierig und unrealistisch im aktuellen Sparklima. Es ist wahrscheinlicher, dass die Hochschulen die Beträge selber einsparen müssen, auf Kosten des Bildungsangebots.

#### FRAGEN

Wie entwickelt sich denn das Stipendienwesen weiter? Wie ist die Situation für ausländische Studierende? → Die Bezügerquote der Stipendien wird ab 2017 ausgeweitet werden, d.h. mehr Menschen werden stipendienberechtigt sein. Das Stipendiovolumen insgesamt wird um ca. ein Viertel höher. Die Stipendienhöhe für einzelne BezügerInnen richtet sich nach den Lebenshaltungskosten.

#### DISKUSSION

Daniel Vischer: Auch der Ausbau des Stipendienwesens schafft keine wirkliche Gerechtigkeit, damit sollten wir nicht argumentieren.

Balthasar Glättli: Wir pflegen in der Schweiz einen Berufsbildungsfetischismus. Sollten wir nicht anstreben, dass die Gebühren für alle wegfallen? → Berufsbildung ist sehr wichtig in der Schweiz und von sehr hoher Qualität. Und tatsächlich muss man sich fragen, ob hier eine Abschaffung der Gebühren sinnvoll wäre.

Katharina Prelicz-Huber: Für die Gewerkschaften ist Berufsbildung sehr wichtig, trotzdem sagen sie klar JA zur Initiative. Die Initiative löst nicht alle Probleme, aber tut, was auf kantonaler Ebene möglich ist. Bitte nicht Berufsbildung und Hochschulbildung gegeneinander ausspielen. Die Initiative ist ein Anfang und legt eine Basis um auf den anderen Ebenen weiterzukämpfen. Die Grünen haben sich immer für gerechte Bildungszugänge eingesetzt und müssen jetzt auch ein Zeichen setzen. Antrag: JA-Parole.

Markus Knauss: Wie viel Geld mehr wird mit der Stipendienreform ausgeschüttet? → Die Ausgaben sind dann gebunden.

Reto Diener: Die finanzpolitischen Überlegungen von Ralf sind nicht falsch, aber jetzt steht zur Debatte, dass die Gebühren abgeschafft werden sollen. Als Grüne müssen wir da Ja sagen, wir setzen uns immer für freien Zugang zur Bildung ein. Das ist die realpolitische Argumentation.

Kathy Steiner: Das Ausspielen der verschiedene Bildungswege gegeneinander ist problematisch. Die Frage ist doch, was Aufgabe des Staats ist. Da gehört Bildung dazu, Bildung soll für alle gratis sein.

Thomas Forrer: Heute sind immer mehr Studiengänge Vollzeitstudiengänge, das ist in der Berufsbildung anders, da arbeiten die Leute noch dazu. Studiengebühren können zudem durchaus ein Hinderungsgrund sein (oder der Grund dafür, dass sich das Studium in die Länge zieht), wenn auch sicher nicht der einzige. Die Annahme der Initiative wäre immerhin auch ein Zeichen dafür, dass die Bevölkerung gegen eine weitere Erhöhung der Studiengebühren ist.

Philipp Maurer: Mehr als die Hälfte der Studierenden kommen aus wohlhabenderen Elternhäusern. Wir Grünen sind ja auch für Umverteilung, dafür ist diese Initiative gar kein geeignetes Mittel. Deshalb sollten wir sie ablehnen.

Rico Croci: Die Initiative bietet mehr Vorteile als Nachteile. Die Initiative braucht ein gutes Abstimmungsresultat, denn das wird die weiteren Bildungsdiskussionen beeinflussen.

Steven Goldberg: Der Vorstand der Jungen Grünen stellt ebenfalls den Antrag auf die JA-Parole. Wir müssen uns konsequent für Chancengerechtigkeit einsetzen. Die Stipendienreform ist gut, reicht aber noch lange nicht aus für echte Chancengerechtigkeit.

Felix Ackerknecht: Das Geld, das die Initiative kosten würde, würde mit Sicherheit an der Volksschule eingespart, das schadet doch der Chancengleichheit.

Hans Läubli: Wenn wir gute Bildungspolitik machen wollen, müssen wir das differenziert machen und die Initiative somit ablehnen.

Peter Schneider: Diese Initiative löst nicht alle Probleme im Bildungsbereich, aber keine Initiative löst jemals alle Probleme in einem Politikbereich. Man kann der Initiative vorwerfen, dass sie nicht weit genug geht. Wir sollten uns auf jeden Fall dafür einsetzen, dass der Zugang zur Erstausbildung gratis ist, wo das möglich ist. Ein Nein zur Initiative wäre ein verheerendes Signal.

Daniel Vischer: Vorsicht mit dem Begriff «service public» – das ist heute eine Kampfbegriff der Neoliberalen. Wir Grünen kommen zu normativ daher. Wir müssen differenzierter argumentieren. Die Mittel im Bildungswesen sind knapp und die Initiative ist der falsche Ansatz.

Julian Croci: Die Gebühren sind für viele Eltern schon ein Grund, die Kinder nicht mal aufs Gymnasium zu schicken.

Esther Guyer: Diese Initiative wird zu Kürzungen an der Volksschule, an den Gymnasien führen. Deshalb haben wir im Kantonsrat Nein gestimmt. Wir sind für sinnvolle Stipendien und Umverteilung, nicht für diese Initiative.

Rico Croci: Sinnvolle Verteilung von Mitteln ist natürlich gut, aber diese Initiative will mehr Bildung, und dazu sollten wir Ja sagen.

Martin Neukom: Hat in der Fraktion schon für die Initiative gestimmt. Die idealistischen Gründe haben in dem Fall die pragmatischen überwogen.

Ralf Margreiter: Die Kantonsratsfraktion ist für mehr Bildung und einen offenen Zugang, und sie setzt sich immer wieder dafür ein. Wenn wir Chancengleichheit gezielt anpacken wollen, müssen wir viel früher ansetzen. Wir können als Partei Zeichen setzen. Wir können aber auch überlegen, welche Wirkung wir erzielen und ein echter politischer Player werden.

## BESCHLUSS

NEIN-Parole: 20

JA-Parole: 18

→ Antrag auf Stimmfreigabe (Neukom, Kunz): 21:14

Die Grünen Kanton Zürich beschliessen die Stimmfreigabe.

### Lohndumping-Initiative

Input Daniel Sommer, Präsident Arbeitgeberkomitee, Kantonsrat EVP

### Verwaltungsrechtspflegegesetz

Der Vorstand hat einstimmig die NEIN-Parole gefasst.

### Notariatsgesetz

Der Vorstand hat einstimmig die NEIN-Parole gefasst.

Die Notariate erheben Gebühren, die zum Teil über den eigentlichen Kosten liegen, damit werden aber Mindereinnahmen (Konkursgebühren) ausgeglichen.

### **Eidgenössische Vorlagen**

Die Parolen wurden an der Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz gefasst.

NEIN zur Durchsetzungsinitiative

NEIN zur CVP-Familieninitiative

JA zur Spekulationsstopp-Initiative

NEIN Zweite Gotthardröhre

Input Edith Häusler, Alpeninitiative, Kantonsrätin Grüne

### **Resolution zur 2. Gotthardröhre**

Die Resolution wird wie vorliegend einstimmig verabschiedet.

## **7. Varia**

### Zersiedelungsinitiative

Die Grünen Schweiz unterstützen die Initiative nun offiziell mit einer Quote, bei uns im Kanton sollten wir gut 5'600 Unterschriften sammeln. Bitte sammelt engagiert mit!

### Durchsetzungsinitiative

Balthasar Glättli: Podium zur Durchsetzungsinitiative im Volkshaus mit Balthasar Glättli, Daniel Jositsch und Bürgerlichen (NACHSCHAUEN)

Hans Läubli: Es gibt eine aus KünstlerInnen-Kreisen, Aktionen, T-Shirts etc. [www.kunst-und-politik.ch](http://www.kunst-und-politik.ch)

---

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 21:45 Uhr